

**Haushaltsrede, 24. November 2010, Gemeinderat Ludwigsburg,
gehalten durch FDP-Stadtrat Martin Müller für die FDP-Fraktion**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

meine Damen und Herren,

auch wir von der FDP Fraktion möchten uns bei den Mitarbeitern der Kämmerei sowie allen Beteiligten aus der Verwaltung, die an der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs mitgewirkt haben, für die guten Vorbereitungen bedanken. Wir erkennen, dass sich die Stadtverwaltung sehr große Mühe gegeben hat, einen Kurs der Haushaltskonsolidierung fortzusetzen, und wir möchten uns klar und deutlich dazu bekennen, dass wir diesen Kurs unterstützen.

Meine Damen und Herren, es wäre uns eine Freude gewesen, an die Erfolge aus dem Vorjahr anzuknüpfen. Sie fragen sich vielleicht: welche Erfolge? Bei den letzten Haushaltsberatungen hatten wir einen Antrag eingebracht, das Baukindergeld zu streichen – es ging immerhin um einen sechs bzw. zu diesem Zeitpunkt um einen siebenstelligen Betrag. Dieser Antrag wurde zunächst mehrheitlich abgelehnt. Ungefähr ein halbes Jahr später hat die Verwaltung einen Antrag mit demselben Inhalt beziehungsweise mit demselben Ziel vorgelegt. Dieser Antrag wurde dann mehrheitlich angenommen. Somit konnten wir - zumindest zeitlich verzögert – doch noch einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten.

Gerne hätten wir auch dieses Jahr wieder solche Sparvorschläge formuliert und akzeptiert, dass sie zunächst abgelehnt und später doch positiv entschieden werden, damit der Kurs der Konsolidierung fortgesetzt werden kann. Aber auch wir müssen ehrlich zugeben, dass es zunehmend schwierig oder gar unmöglich wird, Maßnahmen mit unmittelbar erheblichem Einsparpotenzial im städtischen Haushalt zu identifizieren. Daher möchten wir unsere Linie für die künftige Entwicklung des Haushalts von Ludwigsburg wie folgt beschreiben:

Wir formulieren ein klares Bekenntnis zur weiteren Haushaltskonsolidierung und fordern den Verzicht auf eine Schuldenpolitik, genauso wie wir eine permanente Steuererhöhungspolitik ablehnen.

Wir fordern daher:

- erstens die städtischen Sparmaßnahmen konsequent weiter zu verfolgen und unterstützen den Kurs der Kämmerei
- zweitens an der Aussage des Verzichts auf zusätzliche Schulden festzuhalten; in der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, Schulden werden aufgenommen, aber nachher leider nur zögerlich zurückgeführt
- drittens eine Überprüfung der Freiwilligkeitsleistungen; dabei geht es uns nicht darum, die lebenswerte Stadt Ludwigsburg um ihre Früchte zu bringen, sondern konsequent zu überlegen, was Priorität haben soll
- viertens privates finanzielles Engagement im Sinne von Sponsoring zu fördern und
- fünftens strukturelle Veränderungen im Haushalt anzustreben, so dass Vermögens- und Verwaltungshaushalt wieder in Einklang gebracht werden.

Meine Damen und Herren, wie schon gesagt, unterstützen wir den städtischen Kurs der Anstrengungen in Form von Sparmaßnahmen zur weiteren Haushaltskonsolidierung. Während unserer fraktionsinternen Beratungen sind uns bei der Analyse des Haushaltes auch Positionen aufgefallen, bei denen man vermeintlich (weiter) einsparen könnte, zum Beispiel ist ein Anstieg der Reisekosten oder zusätzlicher Bürobedarf zu erkennen. Bei näherer Betrachtung oder durch Erläuterungen von der Kämmerei wird dabei aber sehr schnell klar, dass wir uns auf dasselbe Glatteis begeben wie zu den letztjährigen Haushaltsberatungen. Sie erinnern sich vielleicht, dass Sparvorschlägen in Summe in Millionenhöhe gemacht wurden, von denen nachher aber gerade mal noch ein fünfstelliger Betrag übrig geblieben ist.

Wir sehen daher andere Ansätze und schlagen vor, dass z.B. weitere Potenziale in einer Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit realisiert werden. Gerade hier dürfte es den anderen Kommunen genauso gehen wie der Stadt Ludwigsburg. Der Haushaltsdruck ist enorm, damit auch der Sparzwang. In unserem Antrag fordern wir daher die Stadt Ludwigsburg auf, die Möglichkeiten für interkommunale Zusammenarbeit auszuschöpfen und damit die Auslastungssituation in Ludwigsburg zu verbessern.

Weiterhin interessiert uns, wie die globale Minderausgabe unterlegt ist. Ein Einsparvolumen in Höhe von 2 Millionen Euro bedarf einer Konkretisierung, damit dies auch erreicht werden kann. Wir wissen, dass Prüfaufträge laufen, sehen aber auch die Notwendigkeit, möglichst rasch Transparenz darüber herzustellen. Wie uns mitgeteilt wurde, gehört die Schließung der Schlösslesfeldbibliothek zu eben diesen Prüfaufträgen. Wir sprechen uns gegen eine Schließung aus und haben einen entsprechenden Antrag dazu formuliert. Aber selbstverständlich sind wir gewillt, uns konstruktiv in die „Unterfütterung“ der globalen Minderausgabe einzubringen. Ganz unter dem Motto „Kleinvieh macht auch Mist“ haben wir deshalb einen Antrag eingebracht, mit dem wir vorschlagen, die Haushaltsstrukturkommission abzuschaffen. Uns ist natürlich klar, dass wir damit keinen erheblichen Betrag einsparen können, aber wir sehen in diesem Zusammenhang vor allem auch die Möglichkeit die Sitzungseffizienz zu erhöhen.

Zu unserer zweiten Forderung: wir sind der Meinung, dass wir auf weitere Schulden verzichten sollten. Auch eine Familie, die durch äußere Umstände zum Sparen gezwungen wird, greift nicht in erster Linie auf Kredite zurück, sondern tut genau das, was wir vorher beschrieben haben: sie versucht erst mal durch Sparmaßnahmen wieder auf Linie zu kommen.

Im Haushaltsentwurf ist eine Kreditermächtigung vorgesehen. Unter bestimmten Umständen könnten wir diesem Ansatz zustimmen, nämlich dann und nur dann, wenn so wie es uns von der Kämmerei erläutert und auch von Herrn Kiedaisch bei der Haushaltseinbringung geschildert wurde, wenn die Chance besteht, tatsächlich ein „Sonderangebot“ (Kreditschnäppchen) nutzen zu können - sprich tatsächlich auf einen Kredit zurückgreifen könnten, der zu solch günstigen Konditionen zu bekommen wäre, dass es sich rechnet auf die Rücklagenentnahme zu verzichten.

Unsere Bedingung für eine Zustimmung ist jedoch auch daran geknüpft, dass die Kreditrückzahlung innerhalb der Laufzeit erfolgt, so dass es zu keiner dauerhaften Erhöhung der Schulden kommt und somit auch zu keiner zusätzlichen Zinslast. Solange wir das Ziel der Generationengerechtigkeit formulieren, gibt es zu dieser Bedingung aus unserer Sicht keine Alternative. Daher haben wir auch in diesem Zusammenhang einen Antrag formuliert und fordern darin, zunächst die Rücklagen aufzubrechen sowie die jetzt schon absehbaren Mehreinnahmen zur Reduzierung der Rücklagenentnahme heranzuziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen wir zu dem Punkt der Freiwilligkeitsleistungen zurück. Seitens der FDP formulieren wir ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Ludwigsburg, auch und gerade als Standort der Kreativwirtschaft. Dass

bei der Wirtschaftsförderung eine gezielte Begleitung seitens der Stadt erfolgt, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Und wir freuen uns beispielsweise darüber, dass der Wirtschaftsfilmpreis weiterhin in der Stadt Ludwigsburg vergeben wird. Auf der anderen Seite darf es nicht sein, dass das Potenzial der finanziellen Unterstützung durch Unternehmen nicht voll ausgeschöpft wird. Bereits in den Haushaltsberatungen 2009 wurden beispielsweise für die Verleihung des Designpreises und die Veranstaltung Focus Open zusätzliche private Sponsorengelder eingestellt. Nun sehen wir im Haushaltsansatz für 2011 erneut, dass es hier zu keinen zusätzlichen Einnahmen kommen soll. Darüber wundern wir uns sehr, zumal sich der Kreativstandort Ludwigsburg immer stärker etabliert hat und somit auch das Interesse der Branche entsprechend hoch sein dürfte. Wir ermuntern die Stadt, hier nicht locker zu lassen und entsprechend für zusätzliche Einnahmen zu sorgen.

Meine Damen und Herren, es geht uns natürlich nicht nur um den Wirtschaftsstandort Ludwigsburg. Es geht uns im Allgemeinen auch um die lebenswerte Stadt. Und um das Thema nicht nur auf Familienfreundlichkeit einzugrenzen, natürlich um eine bürgerfreundliche Stadt.

Natürlich kommt man dabei zwangsläufig um das Thema Bildung und Betreuung nicht herum. Welche Ausgabensteigerungen im Bereich der Betreuungsangebote oder ganz allgemein formuliert im Bereich Bildung und Betreuung uns momentan vor Herausforderungen stellen, ist nicht nur Teil der Gemeinderatsklausur gewesen, sondern „täglich Brot“ in den Medien. Wer so wie ich selbst von dem Thema unmittelbar betroffen ist, weiß dass es dazu keine Alternative gibt. Der Bedarf ist vorhanden; es ist vielmehr festzustellen, dass er stets weiter zunimmt. Wie man diesem Umstand Rechnung trägt? Wer A sagt, muss auch B sagen. Solange das Kuchenstück Einnahmen sich nicht wesentlich vergrößert - und wir haben vorher bereits unsere Forderungen formuliert: keine permanente Steuererhöhungspolitik, keine Verschuldungspolitik - kommt nicht daran vorbei, sich über eine alternative Verteilung der Kuchenstücke zu unterhalten. Wollen wir also unsere Bildungs- und Betreuungsangebote stärken, ergibt sich unweigerlich, dass wir in anderen Bereichen über alternative Finanzierungen nachdenken müssen. In diesem Zusammenhang setzen wir jedoch auch auf das Konnexitätsprinzip und die richterliche Entscheidung in Nordrhein-Westfalen. Selbstverständlich sind wir der Meinung, dass das Prinzip vollumfänglich gilt: wer bestellt, bezahlt auch. Darüber hinaus halten wir es jedoch auch für angebracht: Wer nachhaltig kommunale Finanzpolitik betreiben möchte, sollte daher nicht immer nur die bestehenden Handlungsoptionen vor Augen haben – nämlich Ausgaben runter, Einnahmen hoch -, sondern sich mit Alternativen auseinander setzen.

Und dies leitet unmittelbar zu unserem vierten Punkt über, nämlich einer Steigerung der Alternativfinanzierung von Angeboten im Bereich der Vereine, Verbände und weiteren Organisationen, die einen wesentlichen Beitrag zu unserer lebenswerten Stadt leisten. Für deren Wirken und Aktivitäten wollen wir langfristig neue Perspektiven aufbauen, sei es beispielsweise durch gezielte Stiftungen - eine Stiftung für Sport, eine Stiftung für Kultur, nur mal als Beispiele. Die Verbreitung und Verbreiterung der Stiftungskultur trägt dazu bei, mittel- bis langfristig die Einnahmensituation der Vereine, Verbände und kulturschaffenden Organisationen zu verbessern, ohne dabei die Grundlage für deren Arbeit zu entziehen. Daher halten wir auch nichts von pauschalen Kürzungen im Sinne der Rasenmähermethode. Es ist uns - wie gesagt – daran gelegen, die lebenswerte Stadt Ludwigsburg weiterzuentwickeln, sie nicht komplett umzukrempeln, sondern das was gut ist und funktioniert, auch zu erhalten. Aber es ist auch ein Gebot der Stunde, nicht alle Angebote der Allgemeinheit zur Finanzierung aufzubürden.

Unsere Anträge, die wir in diesem Zusammenhang eingereicht haben, gehen deshalb auch darüber hinaus. So denken wir, dass geprüft werden sollte, ob und in welcher Form sich private Sponsoren künftig vermehrt an der Finanzierung von Einrichtungen beteiligen können. Dies könnte beispielsweise Kindergärten, Familienzentren, Straße, Schulen etc.

betreffen, bei deren Errichtung eine entsprechende Namensgebung dazu beiträgt, dass der städtische Anteil der Finanzierung durch einen erheblichen Zuschuss reduziert wird.

Gerade im Zusammenhang mit Sportstätten, wie z.B. der Arena, wird genau dies schon gemacht. Bedauerlicherweise im Fall der Arena bisher ohne Vollzugsmeldung.

Meine Damen und Herren, wollen wir die Zukunftsfähigkeit des Haushaltes und damit auch der Gemeindefinanzen herstellen, sind wir der Meinung, dass dafür strukturelle Veränderungen im Haushalt benötigen werden. Die Rücklagen im Vermögenshaushalt werden in den nächsten zwei Jahren allerspätestens aufgezehrt. Wollen wir nicht dauerhaft auf Pump leben, und damit auch die Generationengerechtigkeit in Ludwigsburg nicht infrage stellen, so müssen wir im Verwaltungshaushalt wieder in der Lage sein, einen entsprechenden Überschuss zu erzielen. Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung kann uns zumindest in Teilen optimistisch stimmen, allerdings wer sich immer wieder aufs Neue Projekte leisten möchte, so zum Beispiel eine Arena, ein städtisches Museum, um nur zwei Beispiele zu nennen - die übrigens zur lebenswerten Stadt Ludwigsburg beitragen, natürlich jedes Einzelne nicht unumstritten -, kann und darf nicht darauf setzen, dass der Vermögenshaushalt gerade so finanziert werden kann, sondern für Projektideen müssen (erneut) Rücklagen geschaffen werden - eine enorme Anstrengung wie wir meinen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass Projekte vollumfänglich mit ihren Folgekosten betrachtet werden müssen, also eine Lebenszyklusbetrachtung notwendig ist, wie sie auch in Unternehmen gemacht wird. Nur so sind wir in der Lage, ein Gesamturteil zu fällen, um damit festzustellen, ob die Projekte nicht nur aus Sicht des Vermögenshaushaltes, sondern aus Sicht des Gesamthaushaltes für die Stadt Ludwigsburg darstellbar sind.

Meine Damen und Herren, unter diesen Bedingungen sind Projekte zu betrachten und Entscheidungen zu fällen. Natürlich können wir uns auch vorstellen, Projekte zu unterstützen und würden es begrüßen, wenn z.B. neue Sporthallen gebaut werden könnten – um nur ein Beispiel herauszugreifen. Aber wir formulieren auch Prioritäten in diesem Zusammenhang. Unsere liegen dabei eher im schulischen Bereich, Handlungsspielraum für einen Sportpark versehen wir zunächst mit einem Fragezeichen.

Auch im Zusammenhang mit dem Thema Verkehr können wir uns sehr gut für bestimmte Projekte erwärmen. Die Realisierung einer Stadtbahn – natürlich unter der Voraussetzung einer vorherigen Prüfung in Form einer positiven Kosten-Nutzen-Betrachtung – würden wir begrüßen und wäre aus unserer Sicht auch vorteilhaft für die Stadt Ludwigsburg. Auch den weiteren Ausbau von Radwegen unterstützen wir, eine Umgestaltung der Schillerstraße halten wir für sinnvoll und ganz im Sinne einer bürgerfreundlichen Stadt selbstverständlich auch eine Verkehrsentlastung, die in bestimmten Stadtteilen dringend notwendig wäre, wie zum Beispiel eine Umgehungsstraße für Eglosheim als autobahnparallele Trasse oder auch der Lärmschutz entlang der Autobahn und den Durchgangsstraßen durch Ludwigsburg. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Bürger etwas dagegen hätten, für mehr Aufenthaltsqualität zu sorgen oder mehr Grün in die Stadt zu bringen. Und in Teilen wird dies ja auch schon durch bürgerschaftliches Engagement unterstützt - siehe Naturpark West im Sinne des Erhalts bzw. des Ausbaus der lebenswerten Stadt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir könnten diese Liste im Sinne einer vorweihnachtlichen Wunschliste weiter fortführen und noch viele weitere Politikbereiche anschneiden und Ideen aufzählen. Die zentrale Frage für uns, die sich hier stellt, ist genau die: wie lässt sich im Sinne eines generationengerechten Haushaltes Verwaltungs- und Vermögenshaushalt entsprechend in Einklang bringen. Wir sehen nur die Möglichkeit über eine eindeutige Priorisierung. Die Wunschliste muss mit entsprechenden Prioritäten versehen werden. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang noch mal ausdrücklich unseren Stadtentwicklungsprozess, sehen aber hier - wie in der Vergangenheit bereits mehrfach betont - die Notwendigkeit einer deutlichen Prioritätensetzung. Nicht alle Themen und Projekte lassen sich parallel verfolgen. Schwerpunkte müssen gesetzt werden, nur so

können wir den Haushaltsrahmenbedingungen gerecht werden. Wer die Wunschliste endlos weiter führt und den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen streut, handelt einem generationengerechten Ansatz zu wider.

Wir Schwaben rühmen uns doch, zu den Sparsamen in der Nation zu gehören. Diese Qualität wollen wir als FDP auch im Haushaltsansatz zu Grunde gelegt wissen. Unseren konstruktiven Beitrag dazu leisten wir durch entsprechende Anträge, die grundsätzliche, strategische Ausrichtungen aufgreifen. In diesem Sinne hoffen wir auf gute Haushaltsberatungen und eine positive Diskussion unserer Anträge.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.